

ITH-Tagungsberichte 41

Herausgegeben von der
Internationalen Tagung der HistorikerInnen
der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH)

ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus

Labour and Right-Wing Extremism

Mouvement ouvrier et extrême droite

Herausgegeben von
Jürgen Hofmann und Michael Schneider

im Auftrag der
Internationalen Tagung der HistorikerInnen
der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH)



Akademische Verlagsanstalt
2007

Die Herausgeber danken Marvin E. Gettleman (New York), Mario Keßler (Berlin) und Paul Pasteur (Université de Rouen) für die Durchsicht und Bearbeitung der englischsprachigen und französischsprachigen Beiträge.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

© ITH, A-1010 Wien, Altes Rathaus

Satz: Volker Hopfner, Berlin

Druck: DDF GmbH, Leipzig

Vertrieb: AVA, Akademische Verlagsanstalt, Oststraße 41, D-04317 Leipzig

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-931982-53-9

ARB 3087 ITH



Arbeitermilieu und Rechtsextremismus. Zu Genesis und Dimensionen eines historischen und aktuellen Problems Jürgen Hofmann	7
Arbeiter im „Dritten Reich“ – zwischen Einordnung, Hinnahme und Dissens Michael Schneider	23
Arbeiter und andere „Lohnabhängige“ im österreichischen Nationalsozialismus Gerhard Botz	35
Syndicalism and Fascism in Italy Luigi Ganapini	63
Arbeiter zwischen Sozialdemokratie und Rechtsextremismus in Südungarn László Marjanucz	81
Labour and Right-wing Extremism: United States and Britain in the Inter-War Period Nigel Copsey	95
Fascism and Settler Society Lorenzo Veracini	111
Labour and Right-wing extremism in the South African context: A Historical Overview Wessel Visser	125
The Extrem Right, the Social Question and the Working Class in Argentina during the First Half of the Twentieth Century Daniel Lvovich and Mariela Rubinzal	149

Michael Schneider

Arbeiter im „Dritten Reich“ – zwischen Einordnung, Hinnahme und Dissens

Wer sich mit dem Verhältnis von Arbeiterschaft und Rechtstextremismus befasst, kann an der Frage nach der Stellung „der“ Arbeiterschaft im und zum „Dritten Reich“ nicht vorbeigehen; denn gerade hier lässt sich am konkreten historischen Beispiel nicht nur das Werben einer rechtsextremen Bewegung „an der Macht“ um die Arbeiterschaft, sondern lassen sich auch die unterschiedlichen Einstellungen und Verhaltensweisen von Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber rechts-extremer Politik analysieren. Die Klärung dieser Frage ist wichtig, erstens weil die Stellung im und zum NS-Regime bei keiner gesellschaftlichen Schicht und bei keiner gesellschaftlichen Großorganisation so umstritten war und ist wie bei Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung und zweitens weil die Stellung „der“ Arbeiterschaft mitentscheidend war für die Stabilität des nationalsozialistischen Systems.

Schon jetzt sei freilich betont, dass es hier angesichts der sozialen und politischen Heterogenität der Arbeiterschaft und auch mit Rücksicht auf die Quellenprobleme, die hier nicht vertiefend beleuchtet werden können, nur darum gehen kann, Dissens und Konsens *in der* Arbeiterschaft, nicht *der* Arbeiterschaft zu rekonstruieren. Jedes pauschale oder generalisierende Urteil über „die“ Einstellung „der“ Arbeiterschaft wird der Realität mit ihren „Grautönen“, also Gemengelagen von Zustimmung und Ablehnung, keineswegs gerecht.¹

1. Diese Gemengelage lässt sich eben mit Rücksicht auf die Begrenztheit der Quellenlage am deutlichsten nicht entlang etwaiger Bruchlinien innerhalb der Arbeiterschaft (z.B. nach Geschlecht, Qualifikation, Alter, Branche usw.), sondern je nach den Politik- und Erfahrungsbereichen rekonstruieren: In den regimetreuen wie in den oppositionellen Stimmungsberichten, also in den Berichten der Gestapo und der Regierungspräsidenten wie in denen von KPD, SPD und

¹ Siehe detailliert zum Folgenden mit weiteren Belegen und Literaturhinweisen: Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, insbes. S. 697ff.

Neu Beginnen, wurden Äußerungen zu einer **ganzen Reihe politischer Ereignisse und Themenkomplexe** in schichtenspezifischer Anordnung präsentiert; die als zentral für „die“ Stimmung „der“ Arbeiterschaft geltenden Problembereiche sollen zunächst genauer betrachtet werden.

Sowohl im Hinblick auf die Quantität der berichteten Ereignisse und Vorfälle als auch auf die Auswirkung für Stimmung und Verhalten stand der *alltägliche und persönliche sozio-ökonomische Erfahrungsbereich* im Vordergrund der Erhebungen. Über kaum einen Bereich vermeldeten die Berichte jedweder Provenienz so konstant Kritik oder Klagen wie über die Löhne und die Preise, auch über die Unterstützungssätze und über die Versorgungslage, speziell über die Ernährungssituation, aber auch die Wohnknappheit. Es scheint, als habe sich die Kritik an der Lohn- und Preissituation sowie an der Versorgungslage im Laufe der Zeit – mit der Verbesserung der Wirtschaftssituation – politisiert. Adressat der individuellen Strategien zur Verbesserung der Lohnsituation blieb zwar der Arbeitgeber, blieb also der Betrieb; doch immer deutlicher rückte die Politik ins Blickfeld, die mit Lohnstopp-Verordnung, Arbeitseinsatz-Bestimmungen und Arbeitspflicht die Rahmenbedingungen absteckte. Bei genauerem Zusehen scheint es nicht so sehr die akute Lage selbst, sondern scheinen es die Erwartungen über die zukünftige Entwicklung und – noch stärker – die Einschätzungen der Lasten- bzw. Privilegienverteilung zwischen den unterschiedlichen Schichten der Bevölkerung und vor allem zwischen „oben“ und „unten“, auch zwischen „Bonzen“ und „Volksgenossen“ gewesen zu sein, die Stimmungsklima und Verhalten prägten. Foren der Kritik waren u.a. die Warteschlange beim Einkaufen, die Arbeitspause, der Weg von und zur Arbeit, Nachbarschaftskontakte, das Wirtshaus. Bei all den berichteten Aussagen, die aus diesen „kleinen Kreisen“ überliefert wurden, handelte es sich – bis auf Ausnahmen – um individuelle Äußerungen, die „nur“ auf eine begrenzte Öffentlichkeit zielten.

Zwar waren die traditionellen Austragungsformen der Klassenkonflikte unterbunden, nicht aber die Interessenkonflikte selbst. Sie zeigten sich in den mit voranschreitender Vollbeschäftigung etwa ab 1936 verstärkt auftretenden „vorgewerkschaftlichen“ Formen der Interessenwahrung und -durchsetzung: „Lohnpolitik auf eigene Faust“² und Arbeitsplatzwechsel einerseits, Leistungszurückhaltung durch Bummeln und Blaumachen bzw. Krankfeiern andererseits nahmen drastisch zu. Derartige vom Regime als „Arbeitsverfehlungen“ gebrandmarkten Verhaltensweisen kamen zwar massenhaft vor; auch zeigen sie in

² Siehe Detlev J.K. Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gesellschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 447-498, hier S. 470.

der Tat den Willen zur „Selbstbehauptung“ gegenüber den Anforderungen oder Zumutungen „des“ Systems. Doch diesen Verhaltensweisen fehlte das Kennzeichen der Kollektivität, also eines Mindestmaßes von Absprache und Gemeinsamkeit des Vorgehens. Allenfalls für Kleinstgruppen ließ sich aus dem Verfahren zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen auf vorgängige Verabredungen schließen.

Anders sah es in den Barackenlagern von Notstands- oder Pflichtarbeitern, aber auch von Bauarbeitern bei Großbaustellen, z.B. des Westwalls und der Autobahn, aus. Hier löste die Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensverhältnissen – unter den Bedingungen der „Lagerexistenz“, d.h. der Isolierung von Familie und gewohntem Umfeld einerseits, der ständigen Gemeinschaft andererseits – deutlich leichter sozialen Protest und Arbeitsverweigerung aus als z.B. in den vom Rüstungsboom begünstigten Industriebetrieben. Die „auffälligen“ Verhaltensweisen basierten, anders als bei ähnlich gelagerten Konflikten in industriellen Betrieben, auf Absprachen und führten, auch das anders als in der Industrie, teilweise zu kollektiven Aktionen sowie Regelungen.

Nur am Rande sei erwähnt, dass sich der aktive Protest im übrigen zu keiner Zeit gegen die Agenturen der nationalsozialistischen Herrschaft selbst richtete. Sieht man von den gescheiterten Attentaten auf Hitler ab, so ist doch auffallend, dass es – bis auf (seltene) Konflikte mit SA-Leuten, die vielfach eher den Charakter von Wirtshaus-Schlägereien hatten – keine Überfälle auf Polizisten, keine Attacken auf Gestapostellen, auch keine körperlichen Angriffe auf lokale oder regionale „NS-Größen“ gab.

Sorgen und Ängste, Missmut und Unzufriedenheit, vor allem auch enttäuschte Erwartungen bestimmten, so will es scheinen, den Alltag, also die konkrete Lebenssituation, weiter Kreise der Arbeiterschaft. Anzeichen einer positiven Einstellung zum Regime bzw. zur sozialen Situation ließen sich allenfalls bei denjenigen finden, die ihren persönlichen Aufstieg – z.B. vom Arbeitslosen zum Erwerbstätigen – sehr direkt der nationalsozialistischen Politik meinten gutschreiben zu können. Um so mehr fällt auf, dass die Probleme von Arbeitsplatzsicherheit bzw. Arbeitslosigkeit, auch die Erfolge der Arbeitsbeschaffungspolitik, durch die doch das Regime selbst sehr direkt in das Blickfeld rückte, in den Berichten über die Stimmung der Arbeiterschaft eine – verglichen zur Lohn- und Preisproblematik – untergeordnete Rolle spielten.

Anders als die individuelle soziale Situation galt gerade die *Außenpolitik* – bis 1937/38 – als einer der stärksten Aktivposten des Regimes, auch in den Augen vieler Arbeiterinnen und Arbeiter. Durchgängig zeigt sich dabei, dass alle Maßnahmen, die als Beiträge zur Wiedererlangung der Gleichberechtigung Deutschlands und gleichzeitig zur Festigung des Friedens galten, überaus positiv

bewertet wurden. Diese Grundstimmung wurde jedoch von Anfang an begleitet und schließlich überlagert von wachsender Kriegsangst. Schwer zu entscheiden ist, ob die außen- und kriegspolitischen Erfolge, die – von der Saar-Rückgliederung über die Remilitarisierung des Rheinlandes bis zum „Anschluss“ Österreichs und zu den „Blitzkrieg-Siegen“ – für befristete Hochstimmung auch in Kreisen der Arbeiterschaft sorgten, nicht auch andauernde Effekte hatten. Im Laufe des Krieges, mit dem Vorrücken der alliierten Truppen einerseits, mit den Bombennächten andererseits, verbreitete sich auch in der Arbeiterschaft in Erwartung der kommenden Katastrophe zunehmend eine ebenso angsterfüllte wie resignative Stimmung, manchmal auch eine Art trotziger Galgenhumor – und Hoffnung auf ein „Wunder“. Unter den Bedingungen der Diktatur entwickelte sich jedoch nicht jene explosive Stimmung, die gegen Ende des Ersten Weltkrieges zu Massenprotesten und Massenbewegungen und schließlich zum politischen Umsturz geführt hatte.

Die *Person Hitlers* fand auch in der Arbeiterschaft vielfach Zustimmung, wenn nicht Bewunderung. Hitler wurde mit den visionären Zielen von Sicherheit, Aufstieg und Größe identifiziert. Die Friedensbeteuerungen und die Verheißungen der „Volksgemeinschaft“ wurden geglaubt – wohl auch, weil man sie glauben wollte. Die alltäglichen Sorgen und Probleme wurden nicht ihm, sondern den vielen kleinen Amtswaltern in Partei und Verwaltung angelastet. Die Propaganda unterstützte diese Trennung noch, um die Integrationskraft des Führer-Bildes zu stärken. Während sich die Einstellung zum Nationalsozialismus insgesamt keineswegs als „krisenfest“ erwies, hielt die Loyalität zum Führer bis weit in den Krieg hinein an. „Wenn das der Führer wüßte“ wurde zum halb ironisch, zum halb hoffnungsvoll verwandten Alltagsspruch. Allerdings sollte man die Wirksamkeit des Hitler-Mythos in der Arbeiterschaft nicht verabsolutieren. Schließlich gelang es Hitler und der auf die Überhöhung seines „Images“ eingeschworenen Propaganda nicht, die vielfach vorherrschende Unzufriedenheit in eine massenhafte Zustimmung umzuwandeln. Der Führer-Mythos war stark genug, die Hinnahmefähigkeit der Arbeiterschaft zu stabilisieren, aber er strahlte nicht auf das ganze NS-System aus.

Kaum zur Sprache kamen, will man den Berichten glauben, die politisch und rassistisch motivierten *Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen*. Das mag zum einen darauf zurückzuführen sein, dass dieses Thema – Verhaftungen und KZ-Einweisungen waren bekannt – überaus angstbesetzt war (und sein sollte), so dass sich für Sprecher und Sprecherinnen auch im kleinsten Kreis äußerste Zurückhaltung empfahl. Hinzu mag aber gekommen sein, dass „nur“ die Minderheit der politisch Aktiven und der aus rassistischen Gründen Verfolgten unter Einschränkung und Verfolgung litt, während sich für die Mehrheit in der Bevölkerung im eigenen Lebensbereich wenig geändert hatte.

Das Beschweigen von Verfolgung und Unterdrückung ist Ausdruck der faktisch einschüchternden Wirkung des Terrorapparats, für den die Gestapo und die Konzentrationslager standen, deren Wirken ja bekannt war und bekannt sein sollte. Ob Willkür und Unberechenbarkeit der Gewaltmaßnahmen zu einem *allgemeinen* Klima der Angst führten, ist schwer einzuschätzen. Dass jedoch insgesamt ein Gefühl von Unsicherheit und damit Einschüchterung erzeugt wurde, ist mehr als wahrscheinlich und lässt sich – wenn auch aus eher vorsichtigen Hinweisen – durchaus den Berichten entnehmen.

Neben punktueller Kritik und Ablehnung und auch Zustimmung gab es auch bei Arbeiterinnen und Arbeitern einen *breiten Bereich sozusagen „grundsätzlichen“ Konsenses*, an den die Propaganda-Parolen anknüpfen konnten, den sie festigten oder auch nach und nach in nationalsozialistischem Sinne ausbauten. Da waren zum einen Versatzstücke eines nationalistisch eingefärbten Weltbildes, in dem der Versailler Vertrag nicht nur – wie auch bei vielen Sozialdemokraten und Kommunisten – als revisionsbedürftig, sondern vielmehr als „Schanddiktat“, Deutschland als „ungerecht“ behandelt und im übrigen das deutsche Volk als „Volk ohne Raum“ galt. Und auch die „Volksgemeinschafts-Ideologie“, der Sozialrassismus und die Aufstiegshoffnungen scheinen, will man z.B. den Berichten und Analysen von Sopade und KPD glauben, vielfach Anklang gefunden zu haben.

Beides – Aufstiegserwartung und -erfahrung sowie Sozialrassismus – konkretisierte sich bei der Frage des Verhältnisses der deutschen Arbeiter zu den Fremd- bzw. Zwangsarbeitern. Angesichts der organisatorischen Abgrenzungsmaßnahmen einerseits, des Verbots von Kontakten andererseits blieb es bei individuellen und zudem versteckten Gesprächen und auch Hilfeleistungen, die jedoch zu keiner Zeit einen kollektiven Charakter annahmen. Kritik an der Situation der Fremd- und Zwangsarbeiter sowie aktive Solidarität mögen nicht nur durch den Kontroll- und Verfolgungsdruck der Behörden und nicht nur durch die Befürchtung, bei „Fehlverhalten“ die eigene u.k.-Stellung zu gefährden, gehemmt worden sein, sondern auch dadurch, dass manch deutscher Arbeiter – dank der „Unterschichtung“ durch die Fremd- und Zwangsarbeiter – auf einen innerbetrieblichen Aufstieg zum Vorarbeiter hoffen konnte. Seitens der Überwachungsbehörden wurde allerdings vermerkt, dass sich bei deutschen Arbeitern durch die Konfrontation mit den Arbeitern aus Osteuropa z.B. das Bild „des“ Russen verändert habe, stimmte doch die im Arbeitsalltag gewonnene Erfahrung keineswegs mit dem von der nationalsozialistischen Propaganda gezeichneten Negativ-Bild überein.³

3 Siehe Marlis G. Steinert, *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf u. Wien 1970, S. 309f.

2. Vermutlich noch wichtiger als ideologisch-politische Berührungspunkte waren indessen die Anknüpfungsmöglichkeiten im Hinblick auf **bestimmte Grundwerte**, die innerhalb der Arbeits-, aber auch Nachbarschaftsbeziehungen eine zentrale Rolle spielten und in denen sich ein **spezifisch deutscher Werte- oder Tugendkanon** niederschlug: Kameradschaftsgeist, Verlässlichkeit und Treue, auch Pflichterfüllung, Leistungsdenken, Ordnung und Disziplin. Vielleicht muss man sich ohnehin vor Augen führen, dass weder für die Deutschen insgesamt noch für die Arbeiter ein Mythos des Aufbegehrens galt. Die eben genannten Tugenden wurden von den Nationalsozialisten „belebt“, in soldatischem und volksgemeinschaftlichem Sinne überformt und für ihre Politik instrumentalisiert. Als besonders wirksam galt – so die Berichtstatter der Sopade 1937/38⁴ – die verdeckte Indoktrination, z.B. durch die Freizeitaktivitäten von „Kraft durch Freude“, aber auch durch die Versuche, die Arbeitnehmer bei ihrem „Berufsehrgeiz zu packen“ oder sie durch die „Leistungspropaganda“ zu mobilisieren.

Überhaupt ist davon auszugehen, dass nicht nur die in den Berichten auftauchenden Problemkreise das Arbeiterbewusstsein beeinflusst haben. Vielmehr sind auch solche Faktoren zu berücksichtigen, die – den Arbeitern selbst vielleicht gar nicht bewusst und außerhalb des Erhebungsrasters der Berichtstatter liegend – Stimmungslage und Einstellung zum Nationalsozialismus prägten, eben weil sie an bereits vorhandene Denkmuster anknüpfen konnten. Da geraten Erfahrungen und Verhaltensweisen in den Blick, die sozusagen „subkutan“ wirkten. Zu denken ist an die Arbeitserfahrung, die Bedeutung von Handfertigkeit und Gewandtheit sowie von qualifizierter Arbeit und Qualitäts- bzw. Wertarbeit, die sich in Berufs- und Produktstolz niederschlugen.⁵ An beides knüpfte nicht nur die nationalsozialistische Propaganda, sondern auch die Arbeitspolitik mit ihren „Berufswettkämpfen“ und Auszeichnungen an, wobei – mangels zeitgenössischer Quellen – wenig über den Erfolg dieser Bemühungen gesagt werden kann. Dies gilt um so mehr, als sich aus der Arbeitserfahrung auch eigensinnige Verhaltensformen der einzelnen Arbeiter herleiteten, die nicht politischer Widerstand waren, aber als Ausdruck des Bemühens um Abstand gelten können. Gemeint sind jene Verhaltensweisen, mit denen Arbeiter bei und in der alltäglichen Arbeit, z.B. durch Herumgehen, Gespräche und verdeckte Pausen, Spielräume für die Entwicklung ihres eigenen Arbeitsrhythmus, auch für Erholung

⁴ Siehe Deutschlandberichte der Sopade vom Juli 1937, S. 799 und vom November 1938, S. 1267.

⁵ Siehe Alf Lüdtkke, Wo blieb die „rote Glut“? Arbeitserfahrungen und deutscher Faschismus, in: Alf Lüdtkke (Hrsg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt u. New York 1989, S. 224-282, hier S. 239ff.

schufen, ohne indessen direkt oder gar offen gegen Anweisungen von Vorgesetzten oder Betriebsordnungen zu verstoßen.

3. Um ein **Gesamtbild** zu entwerfen, muss man die zahlreichen Beispiele für Dissens, die sich über mehrere Jahre verteilt finden lassen, doch der **millionenfach bewiesenen Bereitschaft zum „Mitmachen“** gegenüberstellen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass diejenigen, die politisch „auffällig“ wurden, erstens eine Minderheit waren. Und zweitens bestimmte die vielfach punktuell geäußerte Kritik keineswegs die ganze Existenz.

Auch die *Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter versuchte im „Dritten Reich“ eher unauffällig zu überleben*. Die Zeichen der mal erzwungenen, mal freiwillig geleisteten Zustimmungskakte erschöpften sich keineswegs in der Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen, in der Teilnahme an Kundgebungen, in Beflaggung und Hitler-Gruß, auch nicht nur in der punktuellen Zustimmung zur nationalsozialistischen Politik, sondern sie zeigten sich in der „pflichtbewussten“ Erledigung der alltäglichen (Rüstungs-)Arbeit, in der Befürwortung der Alltagskonsequenzen politischer Lenkungsmaßnahmen, auch in der stillschweigenden, manchmal auch billigenden Hinnahme von Zwang und Terror gegen Regimegegner und aus rassistischen Gründen Verfolgte.

Unverkennbar boten auch die nationalsozialistischen Verbände „das Gefühl organisatorischer Nestwärme, sozialer Anerkennung und beruflichen Fortkommens“; das ließ viele den Verlust der Arbeiterbewegung verschmerzen.⁶ So ist nicht zu vergessen, dass die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft – ganz unabhängig von der früheren parteipolitischen Orientierung – unauffällig, eben äußerlich integriert in den Massenorganisationen des „Dritten Reiches“ Mitglied war. Festzuhalten ist allerdings, dass es so gut wie keine „prominenten“ Überläufer von führenden Funktionären der Arbeiterbewegung gegeben hat.⁷

4. Besonderes Augenmerk verdienen indessen die **Rückzugsgebiete, die Nischen und sozio-kulturellen Milieus**. Familie und enger Freundeskreis, Wohnung und Laubenkolonie erlebten – das ist geradezu typisch für das Leben in einer Diktatur – einen Bedeutungszuwachs als gegen den direkten Zugriff des Staates abschirmbare Kommunikationsbereiche. Hier bot sich die Chance zum

⁶ Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 419.

⁷ Ausnahmen schildert Karsten Linne, Von Leipart zu Ley: Clemens Nörpel. Ein Dokument aus dem Jahre 1940, in: 1999, 3, 1988, Nr. 4, S. 92-104; Karsten Linne, Weikampf um Rohstoffe. Walther Pahl – eine Gewerkschaftskarriere, in: 1999, 5, 1990, Nr. 3, S. 39-56.

Ausweichen vor den allgegenwärtigen (politischen) Mobilisierungs- und Mitmach-Appellen. Dieses Ausweichen muss nicht als Dissens, sondern kann auch als Bemühen um Selbstbehauptung gegenüber dem staatlichen Zugriff gewertet werden.

Gerade das Ausweichen in scheinbar unpolitische *Nischen* erzeugte bzw. be stärkte den Eindruck relativer Normalität. Arbeitsplatzsicherheit, verbesserte Konsummöglichkeiten, reichhaltige Freizeitangebote, die keineswegs sofort als nationalsozialistisch geprägt erkennbar waren – all das trug dazu bei, dass die Zeit von 1935/36 bis 1939 von manchen Arbeitern in der Rückschau als „gute“ Jahre zwischen Weltwirtschaftskrise und Krieg eingeschätzt wurden.

„Nischen“ boten im Übrigen auch die traditionellen *sozio-kulturellen – die sozialdemokratischen bzw. kommunistischen und die katholischen – Milieus*, die eine (relative) Resistenz gegen die vollkommene Einbindung in die nationalsozialistische Gesellschaftsordnung zeigten. Diese beruhte nicht auf dem Charakter der Milieus als *Arbeiter-Milieus*, sondern war der fest-vernetzten weltanschaulich-politischen und alltagskulturellen Praxis in diesen Bereichen zuzuschreiben, die allerdings durch die nationalsozialistische Politik – je länger dieser Zugriff einwirkte, desto deutlicher – überformt wurde.

Im Hinblick auf die Herausbildung von Dissens und Opposition hatten die Milieus eine doppelte Funktion: Mit ihren dichten Kommunikationsstrukturen bewirkten bzw. erleichterten sie vielfach die (Selbst-)Immunsierung gegen die nationalsozialistischen Parolen und boten zugleich, solange sie noch intakt waren, die zwischenmenschliche Vertrauensbasis, auf die „freier“ Meinungs austausch und die Vorbereitung von oppositionellem Handeln angewiesen waren. Die Milieus waren eine zentrale Voraussetzung für die Herausbildung von Widerstandsaktivitäten, zu denen sich indessen nur eine kleine Minderheit entschloss. Der politische Widerstand, auch der aus der zerschlagenen Arbeiterbewegung, war nicht breit in der Arbeiterschaft verwurzelt. Allerdings erwiesen sich die Milieugrenzen als stark genug, die Herausbildung einer die Angehörigen unterschiedlicher Milieus zusammenfassenden Oppositions- oder Widerstandsbewegung – abgesehen vom Attentat vom 20. Juli 1944, dessen Vorbereitung allerdings besonderen Bedingungen unterlag – weitestgehend zu verhindern.

Zum anderen bot die jeweilige Wertordnung in den sozio-kulturellen Milieus durchaus Anknüpfungspunkte für nationalsozialistische Ideologeelemente. Das gilt im Hinblick auf das katholische Milieu für volksgemeinschaftliche Parolen, auf das sozialistische Milieu für nationalsozialistische Verheißungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit.

Schließlich ist nicht zu übersehen, dass die Arbeiterviertel und sozio-kulturellen Milieus keineswegs vollständig gegen die „Unterwanderung“ durch den

nationalsozialistischen Verfolgungs- und Unterdrückungsapparat „immun“ waren: V-Leute und Blockwarte, vor allem aber die Denunziationsbereitschaft ganz „normaler“ Nachbarn und Nachbarinnen sorgten dafür, dass die Milieus von innen heraus erodierten oder auch geschwächt wurden – ohne vorgängigen staatlichen Eingriff. Resistenz- und Widerstandspotentiale wurden also nicht nur „von außen“, sondern auch „von innen“ gehemmt bzw. erstickt.

5. Arbeiter zu sein und auch die (frühere) Mitgliedschaft in SPD, KPD oder Gewerkschaft allein reichte selten aus, einen Impuls zur **aktiven politischen Widerstandsarbeit** zu speisen. Vielmehr bedurfte es, wenn die Widerstandsaktion nicht eine singuläre bleiben sollte, eines engeren persönlichen Kontaktes zu Gleichgesinnten, wie er durch die Mitgliedschaft in Jugendgruppen, Sportvereinen o.ä. gestiftet wurde. Auch Verwandtschafts- und Freundeskreise spielten eine große Rolle für die Artikulation und Realisierung einer oppositionellen Gesinnung. Außerdem bot eine „funktionierende“ Nachbarschaft – im Wohnquartier, in Gartensiedlungen, in Gaststätten – eine territoriale und emotionale Absicherung für oppositionelles Handeln. Politischer Widerstand entstand nicht „naturwüchsig“ aus den Milieu-Strukturen, sondern er war und blieb immer eine individuelle Entscheidung. Allerdings schufen bzw. bewahrten die sozio-kulturellen Arbeitermilieus auch unter dem Druck der nationalsozialistischen Politik Bedingungen, unter denen der Entschluss zur Aufrechterhaltung – verbotener – persönlicher Kontakte sowie zum Engagement im aktiven politischen Widerstand gefördert wurde.

Als politischer Widerstand soll hier ein auf Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen des nationalsozialistischen Regimes zielendes Verhalten gelten. Was heißt das konkret? Zunächst einmal ging es darum, den persönlichen Kontakt zu halten, um sich gegenseitig gegen die Propaganda zu immunisieren; daraus entwickelte sich oftmals ein verdecktes Informationsnetz, um sich und andere über die wahren Verhältnisse in den Betrieben, über die Versorgungslage usw. zu informieren und so das Informationsmonopol des NS-Staates zu durchbrechen; das führte zur Herausgabe oder Weitergabe von Flugblättern und Druck-, vor allem Tarnschriften, die oftmals im Exil gedruckt, dann ins Reich geschmuggelt und dort verteilt wurden, um auf diesem Wege eine Art von Gegenöffentlichkeit herzustellen. Alle diese Aktionen zielten darauf, den Rückhalt des NS-Regimes in breiten Kreisen der Bevölkerung zu verringern und die organisatorische, politische und moralische Kontinuität der Arbeiterbewegung für die „Zeit danach“ zu wahren, für die insbesondere im Exil Pläne zum Aufbau einer neuen Demokratie entwickelt wurden. Dass diese Vorstellungen von der Einheit des Reiches, von der Sicherung der Vorkriegs-Grenzen und von der

Erhaltung der Souveränität der deutschen Politik ausgingen, sei nur am Rande vermerkt. Alle diese Aktivitäten, so risikoreich sie auch waren, konnten zum Sturz des Regimes wenig beitragen. Und doch stellten sie den allumfassenden Machtanspruch des NS-Systems in Frage. Zuchthaus, Konzentrationslager oder Ermordung waren in Tausenden von Fällen die Folge. Angesichts dieser Bedrohung ist es nicht verwunderlich, dass es letztlich nur eine Minderheit von Angehörigen der Arbeiterschaft wie der Arbeiterbewegung war, die den Weg in den Widerstand gegangen ist. Und außerdem ist es nicht verwunderlich, dass dieser Weg vielfach unklar und gewunden war. Allerdings ist zu beachten, dass aus keiner gesellschaftlichen Schicht bzw. politischen Bewegung ein derart grundsätzlicher und weit verbreiteter Dissens – bis hin zum politischen Widerstand – zu beobachten war wie aus Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung.

Festzuhalten aber ist auch, dass der politische Widerstand, auch der aus der zerschlagenen Arbeiterbewegung, nicht breit in der Arbeiterschaft verwurzelt war; auch wenn die Mehrheit der ehemals in der Arbeiterbewegung organisierten Arbeiter der NS-Propaganda gewiss skeptisch gegenüberstand, so gilt das erstens nicht für die gesamte Arbeiterschaft; und zweitens heißt das nicht, dass sich die Masse der früheren Mitglieder von Gewerkschaften und Arbeiterparteien aktiv am politischen Widerstand beteiligt hätte.

6. Fassen wir zusammen: Selten war die Arbeiterschaft weniger Subjekt ihrer eigenen Geschichte als im „Dritten Reich“. Jedenfalls verfügte sie nicht über regime-unabhängige Äußerungs-, Organisations- und Aktionsformen zur Beeinflussung der Politik. Daraus ist jedoch nicht zu schließen, dass sie ausschließlich ein ebenso wehr- wie hilfloses Objekt der (nationalsozialistischen) Politik war. Die große Aufmerksamkeit, die die nationalsozialistische Führung der „Arbeiterfrage“ widmete, deutet darauf hin, dass sie sich zu keinem Zeitpunkt der andauernden Folge- und nicht einmal der Arbeitsbereitschaft „ihrer“ Arbeiter und Arbeiterinnen so sicher war, als dass sie geglaubt hätte, auf Vergünstigungen und Versprechungen sowie Kontrolle, Druck und Androhung bzw. Anwendung von Gewalt verzichten zu können.

Die Berichte belegen sehr deutlich, dass sich weite Kreise der Arbeiterschaft des Doppelgesichts des nationalsozialistischen Regimes – Umwerben der Arbeiter einerseits, Gewalt nach innen und außen andererseits – durchaus bewusst waren. Doch der nationalsozialistischen Politik gelang es, dem allenthalben spürbaren Widerwillen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Spitze zu nehmen: Das heißt, die Integrationsangebote – das propagandistische Umwerben, die Aufwertung der Handarbeit und die (sozialpolitische) Betreuung – sorgten dafür, dass Missmut und Unzufriedenheit nicht so groß wurden, als dass sie in

einem spontanen Ausbruch die Ängste vor Repressalien hinweggespült hätten. Und Unterdrückung und Verfolgung von kritischen Äußerungen und Arbeitsverfehlungen erstickten jede Herausbildung einer Gegenöffentlichkeit oder gar die Entwicklung von oppositionellen Organisationskernen im Keim.

Die Mehrheit der Arbeiter war – schaut man auf das politische Bewusstsein – resigniert oder neutralisiert, auf jeden Fall weder positiv integriert noch rebellisch, also weder eine „Hauptstütze des Regimes“⁸ noch ein „Hort des politischen Widerstandes“⁹. Sie hat sich – nimmt man auch die millionenfach bewiesene Bereitschaft zum „Mitmachen“ hinzu – mit den Verhältnissen „arrangiert“. Bei aller politischen Bedrohung, die durchaus empfunden wurde, schuf der Nationalsozialismus im Alltag das Gefühl von sozialer Sicherheit, das – gerade nach den Erfahrungen der Wirtschaftskrise – seine politische Wirkung entfaltete. Zusammen mit den organisatorischen und propagandistischen Integrationsangeboten dürfte daraus eine Gemengelage von partiellem Konsens und Dissens, von positiver und negativer Integration entstanden sein, die faktisch auf „Mitnahme“ der als akzeptabel geltenden Angebote und „Hinnahme“ der Herrschaft des Nationalsozialismus hinausliefen – unter Ausnutzung der geringen Spielräume zur Verbesserung der individuellen sozialen Situation. So stießen die nationalsozialistischen Bemühungen um positive Integration der Arbeiter ebenso an Grenzen wie die Versuche der illegalen Arbeiterbewegung, die vielfach vorhandene Missstimmung zu politischem Protest zu formieren.

Die Entwicklung des politischen Widerstandes, die Arbeit der illegalen Zirkel und Gruppen der zerschlagenen Arbeiterbewegung gehorchte anderen Gesetzen: Von einer Synchronisation zwischen der Entwicklung der Missstimmung einerseits und den Widerstandsaktionen andererseits konnte keine Rede sein. Soziale Proteste und politischer Widerstand hatten kaum Berührungspunkte. Festzuhalten aber ist: Der Anteil von Personen und Gruppen aus Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung an der politischen Gegnerschaft gegen das NS-Regime war überproportional groß. Obwohl der politische Widerstand aus der

8 Siehe z.B. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975; Mason hat später eingeräumt, er habe die Widersetzlichkeit der Arbeiter überschätzt: Timothy W. Mason, Social Policy in the Third Reich. The Working Class and the 'National Community', Providence u. Oxford 1993, insbes. S. 276. Siehe auch Karl Heinz Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, München u.a. 1993, insbes. S. 24.

9 Siehe Gunther Mai, „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“ Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: Geschichte und Gesellschaft 12, 1986, S. 212–234, hier S. 212; vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005.

Arbeiterschaft wie aus den zerschlagenen Arbeiterorganisationen sein erklärtes Ziel, Hitler durch die Deutschen selbst zu stürzen, nicht erreichen konnte, besaß er doch eine unschätzbare Bedeutung für die Nachkriegszeit. Der Widerstand zeigt, dass keineswegs *alle* Deutschen zu bedingungsloser Gefolgschaft bereit waren, sondern dass vielmehr eine Minderheit das höchste Risiko in Kauf nahm, ihre politische Opposition zu zeigen.

Gemessen an den Ansprüchen der Nationalsozialisten an die Durchdringung der Gesellschaft bedeuteten der Dissens in der Arbeiterschaft und der Widerstand aus den Reihen der zerschlagenen Arbeiterbewegung zwar eine Einschränkung der eigenen „Gleichschaltungs“-Bemühungen. Zu keiner Zeit brachten Missmut oder auch Verweigerungshaltungen und Widerstand jedoch die nationalsozialistische Herrschaft ins Wanken.